

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 2

Artikel: Tod für Brüder? : Diskussion
Autor: Stucki, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094958>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Diskussion

Tod für Brüder?

Wir veröffentlichen diese Zuschrift, die sich mit einem konkreten Fall von Politisierung humanitärer Institutionen befasst, im Sinne eines Beispiels für ein allgemeines Symptom. Hierbei geht es nicht einfach um bestimmte Organisationen oder Personen, sondern um die Auseinandersetzung mit modisch übernommenen Argumenten. Sie werden hier am Einzelfall vorgestellt, aber sie sind mit mehr oder weniger Explizitität überall wirksam.

Der Terror ist bereits zu einer neuen, weltweiten Form des Krieges geworden. Die grossen Waffensysteme der Armeen, aber auch ausgeklügelte Polizeiapparate werden damit unterlaufen, und die Welt steht vor einer neuen Bedrohung. Dabei hat sich in Irland gezeigt, wie hoffnungslos die Begegnung mit Gegenterror ist, der nur zu einer entsetzlichen Eskalation der primitivsten Grausamkeit führt. Nach unserem Rechtsempfinden kommt nur strafrechtliche Ahndung der terroristischen Anschläge als gemeine Verbrechen in Frage — was sie auch sind. Denn es ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob beispielsweise die Norweger sich im besetzten Land gegen die Naziherrschaft auflehnen, oder ob die PLO Flugzeuge zum Absturz bringt und damit Menschen und Besitz von Staaten vernichtet, die in keiner Beziehung zum Schicksal der Palästinenser stehen.

Herr Braunschweig, Leiter der bernischen Geschäftsstelle von Brot für Brüder, ist hier anderer Ansicht und hat dies im «Tages-Anzeiger» vom 18.12.74 auch freimütig bekannt. Seine Tätigkeit für eine christliche Institution hindert ihn nicht, emsig für Verständnis den Terroristen gegenüber zu werben. Seine Idee ist etwa die: Unsere Gesellschaft wendet fortwährend Gewalt an, aber in einer perfiden, nicht so offensichtlich erkennbaren Form, als «strukturelle Gewalt». Dieser Galtung'sche Begriff ist sein Lieblingskind. Er schreibt im erwähnten Artikel, dass strukturelle Gewalt überall dort herrsche, «wo gesellschaftliche Gruppen oder Institutionen ihren Vorsprung an Macht und Einfluss, ihre wirtschaftlichen, technischen oder organisatorischen Möglichkeiten ausnutzen, um einzelne oder andere Gruppen zu bekämpfen, zu isolieren oder zu unterdrücken». Der auch von der sogenannten kritischen Friedensforschung ins Zentrum ihrer Lehre gerückte Begriff wird wohl stets absichtlich so vage gehalten, dass nach Bedarf alles hineinpasst, was der Situation gemäss gerade hineinpassen soll. Man kann dann darunter etwa alles verstehen, was den Menschen daran hindert zu tun, wie er möchte. Der oppositionelle Jugendliche kann sich über die strukturelle

schenizyna, die sehr an Heimweh leide, ihre Kleidung und die Frage, wer ihre Kinder während ihrer und der Abwesenheit ihres Mannes beaufsichtigt, wie die Kinder sich mit den kleinen Schweizern in der ihnen unverständlichen Sprache unterhalten und dergleichen Wichtigkeiten mehr. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, sei beigefügt, dass sie auch den Inhalt der Pressekonferenz streifen.

Oskar Angelus

Gewalt seiner Eltern beklagen, und der Arbeitsscheue über die strukturelle Gewalt einer Gesellschaftsordnung, die es wohl Aktionären und anderen Ausbeutern erlaubt, ohne Arbeit gut zu leben, ihm aber nicht . . .

Die strukturelle Gewalt — so Braunschweig — besteht nun weiter, wenn man die Terroristen einfach einsperrt: «Das Problem der Gewalt wird reduziert auf die paar wenigen, die sie direkt und anders anwenden, als es sonst in der Gesellschaft üblich ist. Je nach Standpunkt wird die Ursache des Terrorismus in der kriminellen oder krankhaften Veranlagung dieser paar wenigen gesehen. Mit ihrer Entfernung wird die Illusion genährt, dass unsere Gesellschaft in Ordnung sei und Gewaltanwendung ächte.» Typisch für Braunschweig ist, dass er die ethischen Bedenken gegenüber der Todesstrafe anmeldet (die wir weitgehend teilen), jedoch praktisch keine solchen Überlegungen auf Terrorakte verschwendet. Legale Machtmittel sind für ihn als strukturelle Gewalt bereits an sich böse. An einem Beispiel, der Affäre mit dem Sozialistischen Patientenkollektiv Heidelberg, zeigt er in sehr einseitiger Weise, dass nicht etwa der Aufständische, sondern der staatliche Machtapparat an der Eskalation der Gewalt die Schuld trägt: «Die Wege . . . in die Kriminalität waren nicht geradlinig verlaufen, sondern die einzelnen Schritte auf diesem Weg waren Reaktionen auf die ständig schärfer werdenden Massnahmen des staatlichen Apparats, der zur Bekämpfung der unbeherrschten Gruppe administrative, finanzielle, polizeiliche und gerichtliche Machtmittel einsetzte.»

Ein Terrorist ist nach der Meinung Braunschweigs ein Mensch, der durch strukturelle Gewalt so sehr gelitten hat, dass er nur noch brutale Gewaltanwendung als Antwort möglich sieht. Die personale Betrachtung des Problems sei falsch: Man dürfe im Terroristen nicht einen abnormen Charakter oder einen Kriminellen sehen. Nun, kriminell bleibt es doch für das übliche Rechtsempfinden, wenn solche Taten geschehen. Was aber die Frage der Charakterabnormität, der Psychopathie, angeht, so muss hier doch an die bekannte Erfahrung erinnert werden, wie sehr gewalttätige Strömungen gewisse abnorme Persönlichkeiten anziehen. Das war bei den nationalsozialistischen Formationen der Fall, es zeigt sich aber auch beim Sozialistischen Patientenkollektiv Heidelberg, was Braunschweig nicht erwähnt. Ein beträchtlicher Teil von «Freiheitskämpfern» und Revolutionären agiert nicht aus Idealismus für eine gerecht empfundene Sache, sondern reagiert aus rein persönlichen Streben heraus eine pervertierte Aggressivität ab, bis zur Selbstvernichtung.

Es wird uns nun nahegelegt, dass die Menschheit keinen Beitrag zur Lösung des Terrorproblems leistet, wenn sie die Terroristen einsperrt. Sie soll sich vielmehr zuerst bemühen, die Gewalt, vor allem in Form der «strukturellen Gewalt», zu beseitigen. Sie muss also zuerst die Gesellschaft ändern und gerechte Zustände schaffen, bevor sie sich erlauben darf, Terroristen zu bestrafen. Mit dem Patentrezept der Gesellschaftsveränderung soll ja in letzter Zeit bald jede grosse Frage angegangen und gelöst werden: Wirksame Bekämpfung des Verbrechertums, Volksgesundheit, Wohlstand für alle, Weltfrieden und vieles andere seien nur über die Revolution zu haben. Wir sollen also unsere strukturelle Gewalt aufgeben — aber hat Herr Braunschweig der PLO einmal nahegelegt, auf ihre Gewalt zu verzichten? Wenn unsere strafrechtlichen Massnahmen keine Lösung des Problems seien — ist Terror eine Lösung des Palästinenserproblems? Hier schweigt Braunschweig, der doch ein Kenner der Verhältnisse im Nahen Osten ist.

Der Marxismus-Leninismus kennt die gerechte Aggression in Form von Kriegen bzw. Revolutionen, die dem Fortschritt der sozialistischen Revolution dienen. Und er unterstützt in diesem Sinne die Gewaltanwendung, wenn sie dem Ziele dient, eine gewaltfreie, paradiesische Zukunft im kommunistischen Idealstaat zu erreichen. Die Illusion einer über 100 Jahre alten, längst durch Theorie und Praxis widerlegten Heilslehre scheint auch Braunschweig immer wieder zu faszinieren. Er wird sicher nicht glauben, die «Gesellschaft» lasse sich innert wenigen Wochen die «strukturelle Gewalt» aus den Händen nehmen, und man könne so in absehbarer Zeit die Bedingungen für das neue Paradies schaffen. Unterdessen mögen aber ruhig Geiseln sterben und Kinobesucher von Bomben zerfetzt werden, während wir für die Attentäter Verständnis aufbringen müssen.

Wir glauben an die Notwendigkeit einer fortwährenden Veränderung der Gesellschaft — aber mit friedlichen, demokratischen Mitteln, während (die Berner Friedenswoche 1973 hat es gezeigt) die Kreise der armeefeindlichen «Gewaltlosen» die gleiche Veränderung nötigenfalls mit Gewalt vollziehen wollen. Mit der friedlichen Methode wird es stets unvermeidbar sein, dass sich Minoritäten dem Mehrheitsbeschluss fügen müssen. Eine einheitliche Meinung, die ja von Systemveränderern und Kämpfern gegen strukturelle Gewalt angestrebt werden muss (denn sonst bleibt stets strukturelle Gewalt bestehen), ist nur über die Diktatur (des Proletariats?), also über Gleichschaltung zu erhalten. Dass man dies oft nicht erkennt, ist eine der grossen Gefahren, die der freien Welt heute drohen. Schade, dass auch Braunschweig in dieses Horn stösst. Er leistet damit wertvollen Bestrebungen wie Entwicklungshilfe und Friedensforschung einen schlechten Dienst.

In den Bestrebungen, uns mit Menschen aller Farbe als Brüder zu fühlen, waren wir noch nie so weit wie heute. Vieles bleibt indessen noch zu tun. Nur darf man sich auch fragen, wie weit die Verantwortung für einen Bruder gehen soll, der vielleicht ganz andere Ziele hat, als wir ihm aufzwingen wollen. Eine kritiklose Evangelisation hat dies erleben müssen, die kritiklose Entwicklungshilfe bekommt es heute zu spüren.

A. Stucki